

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 135 (1969)

**Heft:** 9

**Artikel:** Über die Geschichte der osteuropäischen Volksarmeen 1945 bis 1948

**Autor:** Gosztony, Peter

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-45258>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

eines amerikanischen Admirals. Dann, am 17. Januar 1969, gab die NATO die Schaffung einer internationalen «Notfall»-Flotte im Mittelmeer bekannt. Die Aufgabe dieser Spezialflotte ist es, sich unverzüglich einer eventuellen offensiven Aktion der Sowjetunion in diesem Gebiet entgegenzustellen. Die Haltung der Sowjetunion im Mittelmeerraum wird übrigens ganz allgemein als offensiv betrachtet. Die genaue Zusammensetzung dieses neuen Flottenelementes wie auch die Marairmed wurde noch nicht bekanntgegeben. Es dürfte jedoch nur aus einigen wenigen wichtigen Einheiten, unterstützt von Begleit- und Unterhaltstruppen, bestehen. Die betreffenden Schiffe werden übrigens nicht endgültig oder auf längere Dauer von ihren Geschwadern detachiert, sondern eben nur in Notfällen mobilisiert; hinterher werden sie gleich wieder zu ihren Einheiten zurückkehren.

Als man über diese beiden Neuschaffungen diskutierte, wurde wiederum darauf hingewiesen, daß die Zahl der Schiffe der Sowjetunion im Mittelmeer zwischen 20 und 40 schwankt und diejenige der U-Boote zwischen 6 und 12. Zum Zeitpunkt der alliierten Manöver wuchsen diese Zahlen bis auf ihr Maximum an, wie dies auch während des Sechstagekrieges der Fall war. Es scheint, daß die höchste Zahl einerseits durch die beschränkten Stationierungsmöglichkeiten in arabischen Häfen und andererseits durch die bewilligungspflichtige Bosphoruspassage festgelegt ist. – Übrigens wurde noch präzisiert, daß von alliierter Seite der Aktionsradius dieser beiden neuen Überwachungs- und Inter-

ventionskommandos nur auf den östlichen Mittelmeerraum beschränkt sei und sich nicht auf das Schwarze Meer erstrecke.

Die Sowjetunion hat es fertiggebracht, mitten im alten Bereich des Westens so etwas wie eine vorgeschobene Mittelmeerflotte aufzubauen. Sobald sich ein westliches Land aus dem Mittelmeerraum zurückzieht oder sich auch nur dazu anschickt, sind die Russen bereits da – um die entstandenen oder gar erst entstehenden Lücken sofort anzufüllen.

Im Moment sind besagte sowjetische Streitkräfte sicherlich nicht von sehr großer Bedeutung. Sie erreichen die vereinigten Kräfte der wichtigsten Mittelmeerländer bei weitem noch nicht. Aber für die Sowjetunion ist es ja auch erst ein Anfang. Die Sache sieht aber schon etwas anders aus, wenn man bedenkt, welches Ausmaß die sowjetische Expansion in Nordafrika anzunehmen droht. Ähnliches könnte auch im Norden Europas geschehen. Dann allerdings sähe es wie eine doppelte Bedrohung – oder wie ein mit zwei Elementen kombiniertes Manöver aus.

Der Westen hat als Gegenmaßnahme gegen das russische Eindringen in den Mittelmeerraum mit der Schaffung eines Überwachungs- und eines Interventionskommandos reagiert. Aber das Ganze erweckt doch eher den Eindruck eines sehr beschränkten Vorgehens, das trotzdem bereits die äußerste strategische Entgegnung zu sein scheint. Es wird für den Westen in Zukunft von allergrößter Bedeutung sein, der östlichen Expansion mit entsprechenden Maßnahmen begegnen zu können.

## Über die Geschichte der osteuropäischen Volksarmeen 1945 bis 1948

Von Dr. Peter Gosztony

In einer früheren Studie wurden die Geburt, die Organisation und die militärische sowie die politische Rolle der osteuropäischen Armeekontingente in der Sowjetunion behandelt<sup>1</sup>. Wir folgten den verschiedenen Wegen dieser Armeen und würdigten ihre Rolle bei den letzten Kämpfen des zweiten Weltkrieges in Europa. Am 9. Mai 1945 kapitulierte das Dritte Reich. Der Krieg war zu Ende. In auffallender Eile verfügte das sowjetische Oberkommando die Rückführung der auf deutschem Gebiet befindlichen osteuropäischen Truppenkontingente in deren Heimat. Bulgaren, Ungarn, Rumänen und Polen mußten sich bereits Ende Mai und anfangs Juni 1945 aus Deutschland beziehungsweise Österreich zurückziehen. Die Truppen wurden in ihrer Heimat feierlich empfangen, Auszeichnungen wurden verteilt, und die Demobilisation nahm ihren Anfang.

Damit beginnt die zweite Periode der Geschichte der osteuropäischen Volksarmeen, die die Zeitspanne von 1945 bis 1948 umfaßt. Mit Absicht wollen wir jetzt die Entwicklung der albanischen und der jugoslawischen Volksarmee nicht berücksichtigen. Unser Interesse gilt Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. In den letztgenannten drei Ländern befanden sich nicht wenige Divisionen der Roten Armee. Bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags waren die Russen dazu berechtigt, waren doch Ungarn, Rumänien und in gewisser Hinsicht auch Bulgarien während des Krieges mit Hitler in dieser oder jener Form verbündet. In der Tschechoslowakei lagen die Dinge anders: Die Rote Armee – Konjews 1. und Sokolowskis 4. ukrainische Front – zog kämpfend durch das Land nach Westen und ließ – außer unbedeutenden Verbindungsstäben und Etappendiensten – keine größeren Truppenkontingente als Besetzungsmacht zurück. Die Tschechoslowakei gehörte zu den Siegermächten des zweiten Weltkrieges, und

<sup>1</sup> Vergleiche ASMZ Nr. 11/1968.

Benesch war obendrein bei Stalin gut eingeführt. In Polen hingegen waren sowjetische Truppen im Sommer 1945 in Kriegsstärke und auf dem Lande unter kriegsähnlichen Umständen auf dem gesamten Territorium der polnischen Republik verteilt. Ihre Aufgabe war eine dreifache:

1. Überwachung und Sicherung der Zufahrtwege nach dem von Russen besetzten Teil Deutschlands;
2. Entfaltung einer regen Polizeitätigkeit gegen die verschiedenen ukrainischen und nationalpolnischen Untergrundbewegungen, die sehr oft zu kleinen Kriegen ausarteten;
3. eine ständige Drohung – als politisches Druckmittel – gegenüber den polnischen bürgerlichen Parteien im Lande, deren Mitglieder noch immer die Hoffnung hegten, Polen als neutralen Pufferstaat zwischen Ost und West ins Nachkriegseuropa hinüberzuretten.

Bekanntlich dauerte die Periode der Verdrängung der nichtkommunistischen Kräfte aus der Politik in Polen vom Juli 1945 bis zum Februar 1947. Der im Jahre 1945 proklamierte «Mittelweg», der auch nichtkommunistischen Parteien begehrenswert erschien, erwies sich – eher als in den anderen Ländern des sowjetischen Machtbereiches – lediglich als kurzer Umweg zur vollständigen Umwandlung der Republik in eine Volksdemokratie sowjetischer Prägung. Die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Rückkehr, Umsiedlung und Westwanderung der polnischen Bevölkerung gaben diesen 18 Monaten den Charakter ständiger Wandlung. Der innenpolitische Kampf wurde auch in der Armee ausgetragen.

### Polen

Die polnische Armee, die aus der in der Sowjetunion im Jahre 1943 aufgestellten sogenannten Berling-Armee und durch

die im Sommer 1944 erfolgte Verschmelzung der «Volksarmee» (Armia Ludowa) hervorging, verfügte am 1. Juli 1945 über 433 000 Soldaten, hatte 400 Panzer, etwa 3000 Geschütze, mehr als 700 Flugzeuge, verkörperte also in Osteuropa eine beachtenswerte militärische Macht<sup>2</sup>. Das Offizierskorps bestand aus etwa 50 000 Offizieren, wovon fast 14 000 (die Zahlen sind aufgerundet) aus der sowjetischen Roten Armee stammten. Daß diese Männer die führenden Positionen in der Armee innehatten, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Alle Korpskommandanten, die meisten Kommandanten der technischen Truppen und die Verantwortlichen für den Nachschubdienst stammten aus den Reihen der Roten Armee, von den Oberbefehlshabern der 1. und der 2. Armee gar nicht zu sprechen. Wenn sie auch im Sommer 1945 polnische Uniformen trugen, blieben sie verständlicherweise ihrem Land, der Sowjetunion, treu.

Es gab aber auch eine andere polnische Armee, die Armee derjenigen Soldaten und Offiziere, die im zweiten Weltkrieg bei den Alliierten gekämpft hatten und das Kriegsende in Italien, in Frankreich oder in England erlebten<sup>3</sup>. Sie unterstanden der polnischen Exilregierung in London. Als dann Großbritannien die Warschauer Regierung der «nationalen Einheit» anerkannte, entzog sie den Exilgruppen in London die Anerkennung. Dies hing eng mit der Finanzierung der polnischen Exilstreitkräfte zusammen, deren Repatriierung nun auch von Warschau gefordert wurde. Im Oktober 1945 beauftragte die polnische Regierung General Modelski mit der Lösung dieser Frage. Es ging um die Heimführung von 112 000 Soldaten des polnischen II. Armeekorps des Generals Anders und anderer Einheiten mit insgesamt 228 000 Mann. Bis zum Herbst 1946 kehrten davon jedoch nur etwa 55 000 Soldaten heim, deren größter Teil demobilisiert wurde<sup>4</sup>. In der neuen Armee übernahm man aktive Offiziere in sehr beschränkter Zahl, die man nach Möglichkeit in großstädtischen Garnisonen verwendete. Aber auch ihre Tage in der Armee waren gezählt, galten sie doch in den Augen der in der Sowjetunion geschulten Militärs von Anfang an als «potentielle Gegner» des Regimes, und wenn man ihr Wissen in den ersten Nachkriegsjahren auch in Anspruch nahm, harrten ihrer nach 1948 ausnahmslos Entlassung, Kerker oder gar Tod<sup>5</sup>. Die wichtigste Aufgabe der polnischen Armee im Nachkriegsjahr begann bereits im Frühjahr 1946. Marschall Zymierski, der Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte, wandte sich zusammen mit dem ersten Stellvertreter des Kriegsministers und mit dem Generalstabschef in einer Denkschrift an die Führung der polnischen Kommunistischen Partei und verlangten energische Maßnahmen gegen die noch immer im Lande herrschende «Bandentätigkeit<sup>6</sup>». Diese «Banden», wie man offiziell diese bewaffneten Untergrundgruppen bezeichnete, waren als Überreste der bürgerlichen polnischen Partisanengruppen des zweiten Weltkrieges im Lande zurückgeblieben und hatten auch nach Kriegsende in diversen Wojwodschaften Aktivität entfaltet. Dabei handelte es sich um Gruppen sehr verschiedener politischer Rich-



Bild 1. Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte, Marschall M. Zymierski, bei der Fahnenübergabe an den Kommandanten der 10. Infanteriedivision.

tung. Die wichtigsten Verbände waren die rechtsradikalen nationalen Streitkräfte («Narodowe Sily Zbrojne», NSZ) und die aus der Nachfolgeorganisation der Armia Krajowa, der NIE («Unabhängigkeit», Niepodleglosc), hervorgegangenen WIN-Verbände («Freiheit und Unabhängigkeit», Wolnosc i Niepodleglosc). Daneben operierte während und teilweise noch nach der Aussiedlung der ukrainischen Bevölkerung im Südosten des Landes die ukrainische aufständische Armee (UPA). Lokale Widerstandsgruppen verschiedener Art hatten teilweise den Charakter krimineller Banden. Den Kampf gegen die Untergrundorganisationen und Banden führte der seit 1944 aufgebaute Polizei- und Sicherheitsapparat, der seine Spitze im Ministerium für Staatssicherheitsdienst hatte<sup>7</sup>.

Nun sollte die Armee bei der raschen Vernichtung dieser Widerstandsgruppen tatkräftig Hilfe leisten. Bereits im Herbst 1945 wurden vier Infanteriedivisionen in den meistgefährdeten Gebieten umgruppiert und mit Polizeiaufgaben betraut. Der richtige Kampf nahm jedoch erst im Frühjahr 1946 seinen Anfang. Der polnische Oberbefehlshaber schätzte die Zahl der aktiven «Waldläufer», der Mitglieder dieser Untergrundorganisationen, auf 15 000 Personen – in Wirklichkeit waren es viel mehr. Laut polnischen Exilquellen operierten in Polen zwischen 1945 und 1947 etwa 310 «Waldeinheiten» mit über 30 000 Mitgliedern. Allein im Lubliner Gebiet befanden sich 68 Gruppen mit 6850 Mitgliedern. Im allgemeinen war die Tätigkeit dieser Gruppen besonders im Osten des Landes stark, und sie verfügten über beachtliche militärische Ausrüstung. Ihre Tätigkeit entfalteten sie in kleineren Gruppen, wobei sie Überfälle und Attentate auf Patrouillen des Staatssicherheitsdienstes und auf führende Mitglieder der polnischen Kommunistischen Partei organisierten<sup>8</sup>. Auffallenderweise vermieden sie die Zusammenstöße mit Armee-Einheiten. Sie versuchten dabei die Armee neutral zu halten, wenn man sie schon nicht gewinnen konnte.

<sup>7</sup> Dazu siehe Brigadegeneral der polnischen Volksarmee Jan Czapl, «Das Korps für innere Sicherheit Polens in den Jahren 1944 bis 1965», eingeleitet, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Peter Gosztony, «Wehrwissenschaftliche Rundschau» Nr. 6/1968, S. 337–347.

<sup>8</sup> Einzelheiten bei Blum, S. 13 ff.

<sup>2</sup> Ignacy Blum, «A lengyel hadsereg az 1945–48-as években» (Die polnische Armee in den Jahren 1945 bis 1948), «Hadtörténelmi Közlemények» Nr. 1/1964, S. 8.

<sup>3</sup> Dazu siehe M. Kukiel, «Six years of struggle for independence. Report on the Polish Fighting Forces in the Second World War», Newton 1947.

<sup>4</sup> Die polnische Regierung erkannte am 27. September 1946 General Anders und 75 seiner Stabsoffiziere die Staatsbürgerschaft ab, nachdem sie schon am 13. September 1946 allen nicht Rückkehrwilligen generell Staatsangehörigkeit und Dienstgrade entzogen hatte. Vergleiche Werner Markert (Hrsg.), «Osteuropa-Handbuch. Polen», S. 227. Köln/Graz 1959.

<sup>5</sup> Persönliche Mitteilung von Generalleutnant a.D. M. Kukiel an den Autor im Sommer 1968.

<sup>6</sup> Blum, S. 11.

In zwei Ereignissen der Nachkriegszeit sollte die polnische Armee eine Rolle spielen: in der Vorbereitung der Wahlen im Januar 1947 und bei dem im Februar desselben Jahres verkündeten «Volksentscheid» über die weitere Zukunft des polnischen Staates, der, von Kommunisten aufgestellt, mit nationalen Parolen operierend, einen legalen Weg zur weiteren Machteinschränkung der bürgerlichen Freiheit suchte und schließlich auch fand<sup>9</sup>.

Die offizielle Losung der polnischen Armee, was die Politik betraf, war die Neutralität. Die Regierung verlangte dies, und auch die polnische Kommunistische Partei unterstützte diese Forderung. Trotzdem begann man bereits Ende 1946 und anfangs 1947 größere Gruppen und Einheiten zum «Schutz der Agitatoren» der Kommunistischen Partei aufs Land auszusenden, die in nicht wenigen Gegenden die Volksversammlungen mit Waffen sichern mußten. Als der «Volksentscheid» im Februar 1947 zugunsten der Kommunisten ausfiel, wuchs auch die Tätigkeit der Untergrundgruppen. Der Staatssicherheitsdienst entschloß sich daraufhin zu energischen Maßnahmen und organisierte das «Unternehmen Weichsel», das sowohl gegen den nationalen Widerstand als auch gegen die ukrainische aufständische Armee (UPA) gerichtet war<sup>10</sup>. Dieses Unternehmen nahm seinen Anfang Ende April 1947 und dauerte bis Ende Juli 1947, wobei zwei Gebiete, Sanok und Rzesow, das Operationsfeld bildeten. Die Armee nahm dabei mit 6 Infanteriedivisionen, deren Mannschaft und Offizierskorps unter 10 Divisionen ausgesucht wurde, sowie mit Panzern, Artillerie und Fliegertruppen teil. Es war ein regelrechter Feldzug gegen die «Waldläufer»-Gruppen. In 357 Aktionen wurde das Unternehmen zu Ende geführt. Laut offiziellen polnischen Angaben betrug zwischen Januar 1945 und Dezember 1948 die Zahl der Angriffe der «Waldläufer» 29972 Aktionen, wobei 12556 polnische Staatsbürger den Tod fanden. Die meisten davon waren Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes oder «andere mit der Volksmacht in Verbindung stehende Personen»<sup>11</sup>. Die Armee erlitt einen Verlust von 1300 Soldaten, die hauptsächlich bei den sehr blutigen Zusammenstößen während des «Unternehmens Weichsel» zu beklagen waren.

Es waren aber auch andere, friedliche Aktionen, an denen sich die Armee beteiligte. Die neuen Westgebiete Polens mußten schleunigst bevölkert werden. Die Umsiedlung erfaßte 3,5 Millionen Polen, wovon man bis zum Sommer 1945, also bis zur Erntezeit, schon 2 Millionen Menschen in die Westgebiete umgesiedelt haben wollte. Die polnische Kommunistische Partei unterstützte diesen Plan und ermutigte auch die Armeeingehörigen, dem Beispiel der Umsiedler zu folgen und geschlossene Militärsiedlungen zu schaffen. Als solche wurden die Grenzgebiete im Westen, zwölf Rayons zwischen der Oder und der Neiße, bestimmt. Generaloberst Karol Swierczewski, der während des Krieges Oberbefehlshaber der 2. polnischen Armee war und

<sup>9</sup> Am 31. März 1946 unterbreitete die polnische Kommunistische Partei – wohl zur Festigung ihrer Macht und aus taktischen Gründen – den Vorschlag, ein Referendum durchzuführen, in dem die Wähler nur zu drei grundsätzlichen Fragen nehmen sollten: 1. der Abschaffung des Senats; 2. der Billigung der Agrarreform und der Verstaatlichung der Schwerindustrie; 3. dem Einverständnis mit der Oder-Neiße-Grenze als der neuen westlichen Grenze des Landes. Die Fragen waren so gestellt, daß zu erwarten war, eine große, von Parteizugehörigkeit unabhängige Mehrheit zu erringen. Die Parteien des «Demokratischen Blocks» entfalteten eine große Propaganda für ein «Dreimal Ja», dem sich nur die von Mikolajczyk geführte Oppositionspartei, die polnische Bauernpartei, entgensetzte und für ein Nein auf die erste Frage eintrat. Den Sieg errtete der «Demokratische Block».

<sup>10</sup> Siehe dazu Hanns von Krannhals, «Der polnische Bürgerkrieg von 1945 bis 1948», «Wehrwissenschaftliche Rundschau» Nr. 2/1960, S. 110 bis 112.

<sup>11</sup> Blum, S. 27.

vorher noch in der Roten Armee gekämpft hatte, wurde zum Oberinspektor der Umsiedlung für Militärpersonen bestimmt. Bis zum 1. Januar 1947 fanden in der Folge 200400 Soldaten samt ihren Angehörigen eine neue Heimat im westlichen, ehemals deutschen Grenzgebiet, wo sie 56260 Höfe bewirtschafteten<sup>12</sup>. Damit erreichte die Regierung zweifellos drei Ergebnisse: Sie konnte die demobilisierten Soldaten in den Wirtschaftsprozess des Landes reibungslos einfügen, bevölkerte mit zuverlässigen Kräften die neugewonnenen Westgebiete und schuf sich eine «wehrdorfähnliche» Siedlungskette an ihrer Westgrenze.

Die Armee leistete auch ihren Anteil am Aufbau des Landes. Zwischen 1945 und 1947 wurden in vielen Verbänden, die man unter militärischem Drill hielt, Erntebrigaden, Pioniereinheiten und Baubataillone aufgestellt, die geschlossen unter ihren Offizieren zum Einsatz kamen. Es wurden sogar separate «Landwirtschaftsdivisionen» aufgestellt beziehungsweise aus Infanteriedivisionen umgebildet, die man insbesondere in den Westgebieten zu landwirtschaftlichen Arbeiten verwendete<sup>13</sup>.

Vielseitig und nicht problemlos waren also die Aufgaben der polnischen Armee, die in einer schweren Zeit für Land und Volk ihren Mann stellen mußte.

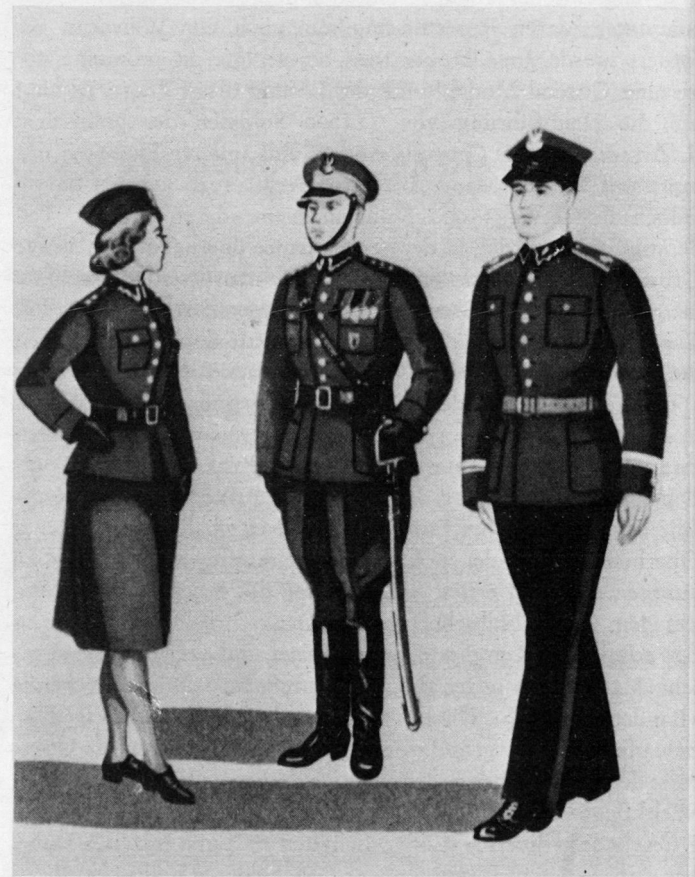


Bild 2. Polnische Offiziersuniformen aus der Zeit von 1946. Von rechts nach links: Fähnrich der Infanterieschule in Ausgangsuniform; Hauptmann der 1. Warschauer Infanteriedivision in Sommerdienstuniform; Leutnant der Infanterie in Sommerausgangsuniform.

#### Tschechoslowakei

Ganz anders gestaltete sich die Lage bei der Entwicklung der tschechoslowakischen Armee der Nachkriegszeit. Die historische Entwicklung dieses Landes ersparte dem Volk einen Bruderkrieg, das zurückeroberte Land war kein Ruinenfeld, die Indu-

<sup>12</sup> Blum, S. 31.

<sup>13</sup> Blum, S. 33.

strie und die Wirtschaft erfuhren durch Bombenkrieg und Landkrieg nicht annähernd die gleiche Zerstörung wie das übrige Europa. Die Tschechoslowakei zählte sich zu den Siegesmächten des Krieges, und auch die Exilregierung Benesch verstand es in der ersten Nachkriegszeit, sich mit den Kommunisten zu arrangieren. Außer dem Verlust der Karpatoukraine, die Prag staatsvertraglich im Juni 1945 an die UdSSR abtreten mußte, wurde die alte Republik in ihren Grenzen vor 1938 wiederhergestellt. Die Tschechoslowakei nannte sich auch weiterhin eine bürgerliche Republik, und die führenden Männer der Regierung (außer den Kommunisten) waren auch bemüht, das Staatsleben des Landes dort fortzusetzen, wo es durch äußere Gewalt im März 1938 zu existieren aufgehört hatte.

Dieselben Normen waren auch für die tschechoslowakische Armee maßgebend, die man nach den Prinzipien der Vorkriegszeit weiterzuführen gedachte. Die aus dem westlichen Exil zurückgekehrten Soldaten und Offiziere wurden, insofern sie weiter zu dienen beabsichtigten, in die Reihen der Armee aufgenommen, und es widerfuhr ihnen keine Benachteiligung, wie dies in Polen der Fall war<sup>14</sup>.

Die Kommunisten dachten jedoch anders. Schon bei der Verkündung des sogenannten Regierungsprogramms von Kaschau am 5. April 1945, das weitgehende Einschränkung der Demokratie bedeutete, brachten sie ihre Meinung zum Ausdruck, daß sie diese Maßnahmen nur als erste Stufe der staatspolitischen Änderungen betrachteten<sup>15</sup>. In der Folge versuchten sie in alle Bereiche des Staates einzudringen, wobei sie auch die Entwicklung in der Armee zu beeinflussen versuchten.

Die Formung des politisch-ideologischen und des moralischen Profils der Armee begann bereits in der Übergangsperiode vom Krieg zum friedlichen Aufbau, in der Zeit vom Mai bis zum Herbst 1945 also. Das I. tschechoslowakische Armeekorps, das am 15. Mai 1945 reorganisiert und zur 1. tschechoslowakischen Armee umbenannt worden war, bildete dafür den organisatorischen Rahmen. Es bestand ein Plan für die territoriale Aufteilung und die Ausrüstung der Verbände, die in vier Militärbezirke gegliedert waren.

Die Umschulung der Armee in politisch-ideologischer Richtung begann bereits im Sommer 1945. In der Vorkriegszeit war, wie in jeder anderen Armee der bürgerlichen Gesellschaft, jegliche Politik innerhalb der Armee verboten. Die Streitkräfte des Landes – das war Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft – sollten von den täglichen parteipolitischen Kämpfen verschont bleiben. Nun, die Eroberung dieses «luftleeren politischen Raumes» machte sich die Kommunistische Partei zum Ziel. In zwei Dokumenten wurden die Aufgaben formuliert: im Beschluß des Militärrates beim Vorsitzenden der Regierung vom 5. Juli 1945, der den Titel «Richtlinien für politisch-moralische Erziehung, Kultur und Information» trägt, und im Regierungsbeschluß vom 24. August 1945 über die politischen Rechte der Soldaten, welcher der Armee in Form eines Tagesbefehls bekanntgegeben wurde<sup>16</sup>. Letzterer verlieh allen Soldaten das aktive und passive Wahlrecht und garantierte dessen ungestörte Ausübung. Die Angehörigen der Streitkräfte durften sich danach auch politisch organisieren und außerhalb der Armee am Partei-

leben teilnehmen. Innerhalb der Armee war jedoch jegliche Parteiarbeit verboten<sup>17</sup>.

An Stelle von Politoffizieren und Erziehungsoffizieren führte man bereits im Sommer 1945 die Funktion des Kulturoffiziers ein, der den Rang eines stellvertretenden Kommandanten erhielt. Auf diesen Posten bemühte sich die Kommunistische Partei ihre eigenen Leute zu stellen.

Das Verbot der politischen Tätigkeit aller Parteien innerhalb der Armee stand im Einklang mit der politischen Konzeption der Kommunistischen Partei. Sie war in dieser Etappe der Entwicklung bestrebt, die Streitkräfte nicht nach einem Partei-schlüssel, sondern auf der Grundlage des gesamtstaatlichen und gesamt-nationalen Interesses aufzubauen. Sie wußte selbst, daß ihr Einfluß in der Armee viel geringer war als derjenige der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Parteien, und durch die geschickte Ausklammerung der Armee aus den parteipolitischen Kämpfen konnte sie einerseits die strikte Neutralität der Streitkräfte sichern und andererseits durch die Funktion des Kulturoffiziers ihren Einfluß innerhalb der Mannschaft und des Offizierskorps geschickt auf Schleichwegen erweitern. Ein interessantes Detail bestätigt die politische Einstellung dieser Kulturoffiziere: Ihr Gros kam aus den Reihen der Politoffiziere des tschechoslowakischen Armeekorps, das sich in der Sowjetunion formierte, und 90% waren Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei<sup>18</sup>.

Eine Analyse der grundlegenden Dokumente, welche die Linie für die politische Arbeit in den Jahren 1945 bis 1948 festlegten, gibt ein verhältnismäßig realistisches Bild von der ideologischen Erziehungstätigkeit der Kulturoffiziere. In der Propaganda nahmen die Fragen einen wichtigen Platz ein, welche mit dem Aufbau und der Arbeit der neuen Organe der «Volksmacht», der Nationalausschüsse (Räte der Gemeinden, der Kreise und der Bezirke), die zur politischen Grundlage des neuen Staates wurden, verknüpft waren. Große Aufmerksamkeit wurde auch der Erläuterung der neuen gesellschaftlichen und Produktionsbeziehungen geschenkt, die sich mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Bodenreform, der Verkündung des Zweijahresplanes 1947/48 und anderen Maßnahmen herausbildeten. Im Bereich der internationalen Beziehungen konzentrierte sich die Propaganda auf die allseitige Erläuterung der neuen Außenpolitik, die vor allem auf das Bündnis mit der Sowjetunion ausgerichtet war<sup>19</sup>.

Der Kampf um die neue Armee vollzog sich indessen nicht nur im politisch-ideologischen Bereich, wenn dieser auch der bestimmende Abschnitt war, sondern ebenso auf den Gebieten des materiellen Aufbaus, der Organisation und der Ausbildung der Truppen.

Die materielle Sicherstellung der Streitkräfte hing von der gesamten wirtschaftlichen Situation des Landes ab. Die Bewaffnung und Ausrüstung stützten sich vor dem Februar 1948 auf das Material, das die Sowjetunion nach und nach für 10 Divisionen übergeben hatte. Dafür wurden Welthandelspreise verlangt, die die Prager Regierung auch bezahlte. Ein Teil der Ausrüstung war britischen Ursprungs. Ferner wurde die Armee mit erbeuteten deutschen Waffen und zu einem geringen Teil auch mit tschechoslowakischem Material ausgerüstet.

<sup>14</sup> Mitteilung eines ehemaligen Majors der tschechoslowakischen Armee an den Autor im Sommer 1968.

<sup>15</sup> Tibor Hochsteiger, «Der Aufbau der tschechoslowakischen Volksarmee (Mai 1945 bis Februar 1948)», «Zeitschrift für Militärgeschichte» Nr. 6/1966.

<sup>16</sup> J. Navrátil und J. Domansky, «Boj KSC o lidovou armádu 1945–1948 (Der Kampf der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei für eine Volksarmee 1945 bis 1948)», S. 48 ff., Prag 1962.

<sup>17</sup> In den böhmischen Ländern bestanden neben der Kommunistischen Partei noch die tschechoslowakische Sozialdemokratie, die Nationalsozialistische Partei und die Volkspartei, in der Slowakei neben der Kommunistischen Partei die Demokratische Partei, die Partei der Arbeit und die Freiheitspartei.

<sup>18</sup> Hochsteiger, S. 668.

<sup>19</sup> Hochsteiger, S. 668.

Obwohl die «alten» Offiziere der Armee vorerst noch auf ihren Plätzen blieben, oblag die Führung der Streitkräfte vom April 1945 an General Ludvik Svoboda, der bekanntlich das tschechoslowakische Armeekorps in der Sowjetunion führte. Svoboda, dessen Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei erst von 1948 datiert, setzte im Ministerium für nationale Verteidigung durch, daß bei der Neugestaltung der Verbände die Sowjetarmee als Beispiel diente. Die Abweichung von sowjetischen Prinzipien wurde nur bei der Luftwaffe und bei Spezialtruppen gestattet.

Beim organisatorischen Aufbau der tschechoslowakischen Armee und bei der Dislozierung der Truppen wurde die neue politische Lage des Landes weitgehend berücksichtigt. Seit 1947 befand sich das Gros der Armee im westlichen Teil des Landes, um, wie es heute im offiziellen Schrifttum zu lesen ist, «die Westgrenze der Tschechoslowakei vor dem wiedererstehenden deutschen Imperialismus (wohl gehört: im Jahre 1947! Verf.) und seinen eventuellen Verbündeten zu sichern»<sup>20</sup>.

Obwohl die Prinzipien der sowjetischen Militärdoktrin in dieser Periode der tschechoslowakischen Streitkräfte keine geringe Rolle spielten, gelang es damals doch nicht, eine geschlossene politisch-ideologische Grundlage zu schaffen, auf der es möglich gewesen wäre, die gesamte Tätigkeit der Streitkräfte einheitlich durchzuorganisieren. Die bürgerlichen Parteien und Benesch vertraten den Standpunkt, daß in einer möglichen neuen bewaffneten Auseinandersetzung in Europa nur die Großmächte eine entscheidende Rolle spielen würden. Die «Mladé Proudy» betonte noch in ihrer Januarnummer 1948, daß «in diesem Atomzeitalter, im Schatten der modernsten Raketenflugzeuge nur geistig beschränkte Leute oder Heuchler den Standpunkt einnehmen können, daß unsere Armee eine wichtige Aufgabe in einem kommenden Krieg zu übernehmen hätte ...». Die Kommunisten betrachteten diesen Standpunkt als «Verrat an der Nation», als eine «Wiederholung des Jahres 1938» und betonten, die tschechoslowakische Armee habe ihren Platz fest im slawischen Block, wenn die Kriegshetzer im Westen doch wagen sollten, einen neuen Krieg in Europa vom Zaune zu brechen<sup>21</sup>.

Ende 1946 wurde im Offizierskorps eine Säuberung durchgeführt. Sie traf aber nicht nur diejenigen, die man während des Krieges zu Recht oder Unrecht der Kollaboration beschuldigt hatte, diejenigen also, die entweder in Tisos Armee oder bei den sogenannten Regierungstruppen des Protektorats als Offiziere gedient hatten, sondern auch diejenigen Offiziere, die während des Krieges im Westen bei den Alliierten gekämpft hatten. Insgesamt wurde ein Drittel der Berufssoldaten aus der Vorkriegsarmee entlassen<sup>22</sup>. Damit spielte sich eine wichtige Wachtablösung im Ministerium der nationalen Verteidigung, im Generalstab und in den diversen Stäben ab. Die neuen Kader kamen aus den Reihen der Kommunistischen Partei und aus anderen sogenannten «fortschrittlichen Kreisen» der Bevölkerung. Anfangs 1947 konnte die Kommunistische Partei bereits 3000 Offiziere als Mitglieder verzeichnen, also rund ein Viertel des gesamten Offizierskorps<sup>23</sup>.

<sup>20</sup> V. Kratochvil, «Realizace Kosichého vládního programu v materiální vystavbě československé armády v letech 1945–1948 (Die Realisierung des Kaschauer Programms und der materielle Aufbau der tschechoslowakischen Armee in den Jahren 1945 bis 1948)», «Vojenský historický archiv, studijní materiál», zitiert bei Hochsteiger.

<sup>21</sup> Hochsteiger, S. 672.

<sup>22</sup> Hochsteiger, S. 674.

<sup>23</sup> Protokolle der 1. bis 10. Sitzung des Militärrates beim Vorsitzenden der Regierung.

Als es dann am 20. Februar 1948 – infolge einer innenpolitischen Krise – der Kommunistischen Partei gelang, die Macht im Staat an sich zu reißen, waren die Streitkräfte der Tschechoslowakei nicht imstande, die bestehende Ordnung zu schützen. Während das Gros der Armee eine neutrale und abwartende Haltung einnahm, gab es nicht wenige Einheiten in Prag und in den anderen Provinzstädten, die unter Führung ihrer kommunistischen Offiziere den Putschisten volle Hilfe zukommen ließen.

### Ungarn

Wie gestaltete sich die Lage in Ungarn?

Die Gründung der neuen ungarischen Armee erfolgte im Frühjahr 1945 in Debrecen, wo die Regierung Miklos amtierte und von wo aus der Versuch unternommen wurde, sich der nationalen Interessen wegen mit einigen Divisionen in der Endphase des Krieges auf alliierter Seite zu beteiligen. Es gelang bis Ende April 1945 auch, 4 ungarische Divisionen aufzustellen, wovon zwei nach Österreich entsandt wurden. Sie kamen jedoch wegen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht nicht mehr zum Einsatz und wurden am 13. Mai desselben Jahres wieder nach Ungarn verlegt.

Mit der Beendigung des Krieges in Europa wurden in Ungarn von einer Stunde auf die andere alle Anstrengungen einer Armeeaufstellung eingestellt. Die Zahl der bereits bestehenden Divisionen wurde einer Überprüfung unterzogen und deren Mannschaftsbestand weitgehend reduziert. Da die neuen Aufgaben der Armee nicht mehr viel mit militärischer Tätigkeit zu tun hatten, mußten die Divisionen sogar das Gros ihrer Waffen abliefern und wurden dann im Sommer und Herbst 1945 vorwiegend für Pionierarbeiten, Minenräumung und Brückenbau eingesetzt. Das Land, das 7 Monate lang als Kriegsschauplatz russischer und deutscher Truppen gedient hatte, befand sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage; es war ihm also auch nicht möglich, die nicht mehr als 10000 Soldaten umfassende Armee ordentlich zu versorgen. Die Soldaten litten unter Hunger, und ihre Bekleidung glich derjenigen der Kriegsgefangenen. Die meisten Soldaten fühlten sich daher nicht anders denn als «Kriegsgefangene, die man für unbestimmte Zeit in der Heimat für Aufräumarbeiten einsetzte»<sup>24</sup>. Zur wirtschaftlichen Misere traten noch die politischen Machtkämpfe, die auf parteipolitischer Ebene spielten und, wie in jener Zeit im ganzen Lande, auch in der Armee ihre Spuren hinterließen.

Die ungarische Kommunistische Partei kümmerte sich sehr wenig um die Armee<sup>25</sup>. Allein die Aufstellung und Einführung der Funktion der «Erziehungsoffiziere» hatte die Partei im Rahmen der Parteikoalition durchgesetzt. Auf diese Posten hatte sie dann ihre Getreuen, ehemalige Partisanen, Spanienkämpfer und in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion rechtzeitig ausgebildete Leute, entsandt. Diese Offiziere vertraten offen die Sache der Kommunistischen Partei in der Armee und machten für die Partei Propaganda, ungeachtet der Anordnung des Ver-

<sup>24</sup> Károly Munk, «A hadsereg helyzete az 1945ös választások után» (Die Lage der Armee nach den Wahlen von 1945), «Hadtörténelmi Közlemények» Nr. 1/1961.

<sup>25</sup> Die ungarische Kommunistische Partei war zwischen 1919 und 1944 in Ungarn offiziell verboten. Sie trat erst während der deutschen Besetzung des Landes (19. März 1944) als illegale Partei ernstlich in Erscheinung und beteiligte sich am Widerstand der demokratischen Opposition. Später nahm sie an der Regierung von Miklós' in Debrecen teil. Doch sie konnte, nicht zuletzt wegen der schlechten Erfahrungen der Bevölkerung mit der Roten Armee, im politischen Leben des Landes keine wahre Stärke erwerben. In den ersten Nachkriegsjahren in Ungarn, im Herbst 1945, erhielt sie nicht mehr als 17% der Wählerstimmen und wurde so die drittgrößte Partei des Landes.



Bild 3. General Albert Bartha, Verteidigungsminister in Ungarn 1946.

teidigungsministers, General Albert Bartha, der bei seinem Amtsantritt anfangs 1946 eine patriotisch-demokratische, jedoch unparteische Erziehung innerhalb der Armee befohlen hatte. Während die bürgerlichen Parteien diese Anordnung des Ministers befolgten, schlugen die Kommunisten einen anderen Weg ein. Sie versuchten die Armee aus den bevorstehenden Machtkämpfen auszuschalten beziehungsweise zu neutralisieren, wenn sie diese schon nicht für sich gewinnen konnten<sup>26</sup>. Zu diesem Zweck forderten sie zum Beispiel die Aufteilung der Divisionen in kleinere Einheiten, in sogenannte Feldjägerposten, die man über das ganze Land verteilte, und erreichten so die vollständige Entblößung Budapests, wo die Machtkämpfe ausgetragen wurden, von ungarischen Truppen. Obwohl die Kommunistische Partei Ungarns in den Jahren 1945/46 zahlenmäßig keine führende Partei war, konnte sie, unterstützt durch die Rote Armee als Besatzungsmacht, ihre diesbezüglichen Forderungen bei ihren Koalitionspartnern fast ungehindert durchsetzen. Von dieser Politik sagte später der Generalsekretär der ungarischen Kommunistischen Partei und Diktator Ungarns, Mátyás Rákosi, stolz:

«Während wir bei der Gewinnung der Arbeiter- und Bauernmassen beide Hände voll zu tun hatten und die Parteien der Regierungskoalition Kommandantenposten entsprechend der Anzahl ihrer Parlamentsmandate forderten, haben wir den Kampf um die Gewinnung der Armee sozusagen vertagt. Wir erreichten unser Ziel dadurch, daß wir verhindert haben, daß die Armee auf die im Waffenstillstandsabkommen und im Friedensvertrag genehmigte zahlenmäßige Stärke gebracht wurde. So betrug die Stärke der Armee bis 1948 statt der zugelassenen 65 000 bis 70 000 nur 12 000 Mann, und auch diese 12 000 Mann waren größtenteils an den Grenzen auf kleine Posten verteilt. In Budapest, wo sich das politische Schicksal Ungarns entscheiden sollte, gab es überhaupt keine Garnison, so daß es uns manchmal schwerfiel, bei der Überreichung der Beglaubigungs-

<sup>26</sup> Ignác Ölvedi, «Visszaemlékezés a néphadsereg 1945/46os éveire» (Erinnerungen an die Jahre 1945/46 der Volksarmee), «Hadtörténelmi Közlemények» Nr. 1/1960, S. 185.

schreiben ausländischer Gesandter eine Ehrenkompagnie zusammenzustellen<sup>27</sup>.»

Doch die Vernachlässigung der Armee von Seiten der Kommunistischen Partei überschritt nie das nötige Maß. Die Kommunisten übten weiterhin ihren Einfluß auf Mannschaft und Teile des Offizierskorps aus, selbst dann, wenn bis 1948 kein Kommunist den Posten des Verteidigungsministers bekleidete. Dagegen aber wurde Sorge getragen, daß Schlüsselstellungen, wie zum Beispiel Schulungshauptverwaltung, die Personal- und Kaderabteilung des Ministeriums, das Oberkommando der Grenzjägertruppen und nicht zuletzt die militärische Abteilung, stets mit eigenen Leuten besetzt wurden. Insbesondere die militärpolitische Abteilung war eine Sammelstelle für Kommunisten, da diese Institution der Armee, deren Chef Oberst und später General Pálffy war, sich ausschließlich mit Defensivtätigkeit befaßte und auch als Vertrauensstelle für die Sowjets fungierte<sup>28</sup>.

Das Jahr 1947 stellte die Armee vor manche kritische Probe, vor allem die Aufdeckung einer Verschwörung, die sich gegen den Staat richtete und das Ziel hatte, Ungarn aus der Interessensphäre der Sowjets herauszulösen und für die westliche, bürgerliche Demokratie zu gewinnen. Diese Bewegung, geführt von hohen Militärs, wie zum Beispiel Generaloberst a. D. Lajos von Veres, wurde unter dem Namen «Ungarische Gemeinschaft» bekannt<sup>29</sup>. Ihre Aufdeckung lieferte der Kommunistischen Partei willkommene Gelegenheit, sowohl unter den Zivilisten als auch in der Armee eine Säuberungskampagne zu veranstalten und mit der Parole eines «gerechten Vorgehens»

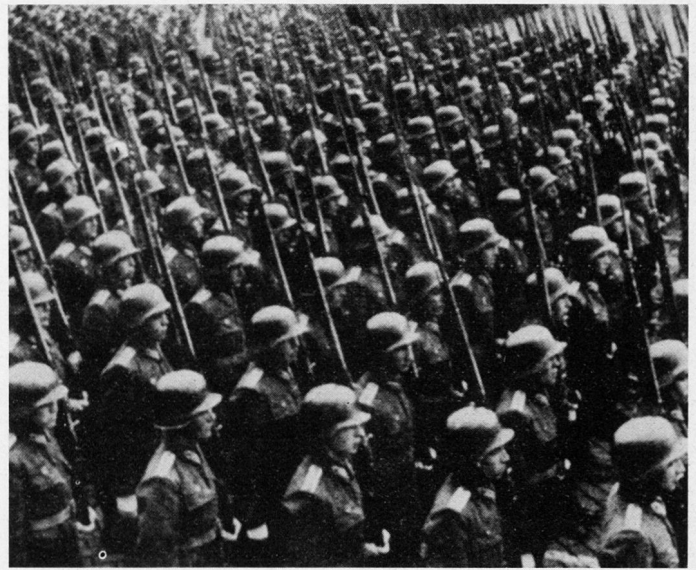


Bild 4. Ungarische Offizierschüler in der Nachkriegsuniform 1947/48.

gegen «antidemokratische», ja sogar «faschistische» Würdenträger die Position der Beamtenschaft und der Koalitionsparteien erheblich zu schwächen. Die Untersuchungen gegen die Verschwörer führte in der Armee General György Pálffy. In kürzester Zeit gelang es ihm, 93 Personen wegen angeblicher Beteiligung am Komplott festzunehmen, ohne daß man gegen die Beschuldigten ein juristisches Verfahren in Gang gesetzt hatte,

<sup>27</sup> Mátyás Rákosi, «Népidemokrációnk útja» (Der Weg unserer Volksdemokratie), S. 52, Budapest 1952.

<sup>28</sup> Zu dieser Frage ausführlich Béla Király, «Honvéds unter Sowjetbefehl. Persönliche Erlebnisse eines hohen ungarischen Offiziers», «Hinter dem eisernen Vorhang» Nr. 5/1958, S. 6ff.

<sup>29</sup> Einzelheiten siehe Könyv Fehér, «A magyar köztársaság és a demokrácia elleni összeesküvés okmányai» (Weißbuch. Die Dokumente des Komplotts gegen die ungarische Republik und Demokratie), Budapest 1947.

selbst ohne das Wissen des Verteidigungsministers, General Albert Bartha.

Dessen Proteste waren jedoch umsonst: Die als «Verschwörer» angeklagten Offiziere kamen nicht vor ein ordentliches Kriegsgericht, sondern wurden von der militärpolitischen Abteilung selbst ohne Aufsicht liquidiert beziehungsweise eingekerkert. Die Intervention General Barthas bewirkte nur, daß der russische General Swiridow, Mitglied der alliierten Kontrollkommission in Ungarn, die militärpolitische Abteilung aus dem Wirkungsbereich des Verteidigungsministeriums herauslöste und diese, wenn auch nur zeitweilig, direkt der von dem sowjetischen Marschall Woroschilow geführten alliierten Kontrollkommission unterstellte<sup>30</sup>.

Damit wollten die Russen vereiteln, daß Bartha gegen Pálffy ein Disziplinarverfahren wegen Überschreitung der Befugnisse einleitete. Als Protest gegen diese grobe Verletzung innerer ungarischer Angelegenheiten stellte General Bartha seinen Posten zur Verfügung und wählte nach seiner Demission die Emigration ins Ausland.

Auf die Honvéd, besonders auch auf die Offiziere blieben Nachrichten, die sich über den bevorstehenden Abschluß eines Friedensvertrags verbreiteten, nicht ohne Wirkung. Die bekannt gewordene und zu Ungarns Nachteil gezogene neue Grenze erweckte sowohl bei der Mannschaft als auch beim Offizierskorps gerechten Zorn. Hatte man ihnen vielleicht bisher nicht unzählige Male versichert, daß «der große Freund des ungarischen Volkes», die Sowjetunion, gerade wegen der militärischen Anstrengungen der Debrecener Regierung den Antrag der ungarischen Delegation in Paris in der Grenzfrage unterstützen werde? Und was geschah in Wirklichkeit? Das schroffe «Njet» Außenminister Molotows vereitelte alle Anstrengungen der Ungarn, in Paris Positives zu erreichen. Die neue Staatsgrenze Ungarns wurde nicht nur nach dem Stand von 1938 gezogen, sondern Budapest mußte sich noch zusätzlichen Forderungen seiner Nachbarn beugen und einige ungarische Dörfer am Südufer der Donau, im Raum von Rajka, an Prag abtreten.

Dieser Entschluß der Großen Vier in Paris löste bei den Armeegehörigen eine gut zu verstehende Mißstimmung aus und war längere Zeit Diskussionsstoff zu nicht minder heftigen Debatten. Die Erziehungsoffiziere zeigten plötzlich ihr wahres Gesicht. Von patriotischer Gesinnung war nicht mehr die Rede. Sie verteidigten offen und demagogisch die neue Staatsgrenze und traten, wenn sie es für nötig hielten, sogar terroristisch gegen diejenigen auf, die bei dieser Frage das nationale Interesse vertraten. So etwa bezeichneten die Schulungsoffiziere der 1. Infanteriedivision einen Major als «Chauvinisten» und «Nationalisten» und forderten seine sofortige Entlassung aus der Armee, da er in der Offiziersmesse zu verkünden gewagt hatte, daß «er alle als Landesverräter betrachte, die bei der bevorstehenden Unterzeichnung des Friedensvertrages mit den Nachbarländern nicht die ethnographischen Grenzen Ungarns forderten<sup>31</sup>».

Aber auch bei der Vertreibung und Verfolgung der ungarischen Minderheit in der Slowakei in den Jahren 1946/47 war die Armee zum Schweigen verurteilt. Offizier oder Soldat, wer gegen diese Terrorakte sein Wort erhob, wurde von den Schulungsoffizieren als «Reaktionär», ja sogar als «Faschist» bezeichnet und durch die Organe der militärpolitischen Abteilung verfolgt. Die Ergebnisse zeigten sich bald: Der Wider-

stand wurde allmählich schwächer, und der Einfluß der Kommunistischen Partei in der Armee nahm ständig zu.

Die Bemühungen der demokratisch gesinnten Armeeführer, die Honvéd vor der kommunistischen Infiltration zu schützen, waren vergeblich. Sie konnten sich gegen die Kommunistische Partei auf die Dauer nicht durchsetzen.

Als dann im staatlichen Bereich die leninistische Frage «Wer besiegt wen?» entschieden war und im Sommer 1948 beziehungsweise 1949 Rákosis Partei offen die Macht ergriff, begann eine neue Phase in der Geschichte der ungarischen Nachkriegsarmee, die von da an weder Honvéd noch demokratische Armee, sondern nach sowjetischem Muster Volksarmee hieß.

### Rumänien

Ist die Lage in Ungarn noch einigermaßen übersehbar, nimmt sich die Nachkriegsentwicklung der rumänischen Streitkräfte etwas anders aus. Rumänien war einer der Hauptbeteiligten am Krieg gegen die Sowjetunion. Die Regierung Antonescu schickte eine ganze rumänische Heeresgruppe an die Ostfront, und rumänische Soldaten und Offiziere beteiligten sich an den Kämpfen um Odessa, Sewastopol, Stalingrad, ja sie rückten mit der deutschen Armee bis zum Kaukasus vor. Als dann die große Wende kam und der Rückzug begann, gingen die Rumänen kämpfend bis zur Staatsgrenze zurück, wo sie, laut Anordnung des Königs vom 24. August 1944, ihre Waffen gegen die Deutschen richteten. Am Umschwung vom August 1944 beteiligte sich die rumänische Armee trotz der verworrenen politischen Lage einwandfrei, und kein Kommandant wagte den Befehlen seines Königs, der selbst als oberster Kriegsherr fungierte, zu widersprechen.

In der Folgezeit nahm die gesamte rumänische Armee an den Kämpfen gegen Hitler teil und beendete den Krieg auf der Seite der Alliierten. Trotz größten materiellen und menschlichen Opfern widerfuhr jedoch dem Land dasselbe Schicksal wie anderen osteuropäischen Ländern, die von der Roten Armee besetzt wurden. Der junge König, der am Ende des Krieges eine der höchsten Kriegsauszeichnungen der Sowjets, den Orden «Pobjeda», erhielt, mußte zähneknirschend zusehen, wie Einfluß und Macht mit der Zunahme der Befugnisse der rumänischen Kommunistischen Partei seinen Händen zusehends entglitten. Die Säuberung der Armee begann bereits im Winter 1944, wobei Offiziere, hauptsächlich Generäle, die den Augen der Sowjets als «Kriegsverbrecher» erschienen, von ihren Kommandos abgelöst und verhaftet wurden. Dieses Schicksal erlitt unter anderem General Macici, Oberbefehlshaber der 4. rumänischen Armee, der im Herbst 1944 Siebenbürgen zurückeroberte<sup>32</sup>. Auch die Generäle, welche sich auf Geheiß des Königs in der Regierung politisch betätigten, wie Sanetescu oder Radescu, mußten in den Jahren 1945 und 1946 entweder nach dem Westen flüchten oder langjährige Haftstrafen in Kauf nehmen<sup>33</sup>.

Nach Kriegsende begann sofort die Umgestaltung der königlich-rumänischen Armee zu einer künftigen Volksarmee. Bereits im letzten Kriegsmonat, im April 1945, wurde der politische Apparat geschaffen, den man noch nicht mit vollem Namen, sondern «Erziehungsabteilung» nannte. Im Mai 1945 wurden dann innerhalb des Kriegsministeriums die Hauptverwaltung für Erziehung, Kultur und Propaganda geschaffen und dementsprechende Dienststellen bei den Armee- und Divisionskommandos eingerichtet. Die Leiter dieser Dienste waren gleichzeitig Adjutanten der betreffenden Kommandanten und für die

<sup>32</sup> Arthur Gould Lee, «Crown against sickle», London 1953.

<sup>33</sup> Einzelheiten siehe Peter Gosztony, «Endkampf an der Donau 1944/45», S. 160ff., Wien 1969.

<sup>30</sup> Einzelheiten siehe Peter Gosztony, «Zur Geschichte der ungarischen Volksarmee 1945 bis 1956», «Österreichische Militärische Zeitschrift», Nr. 4/1966, S. 306.

<sup>31</sup> Der Fall wurde in all seinen Details in der Armeezeitung «Első Hadosztály» Nr. 26/1946 geschildert.



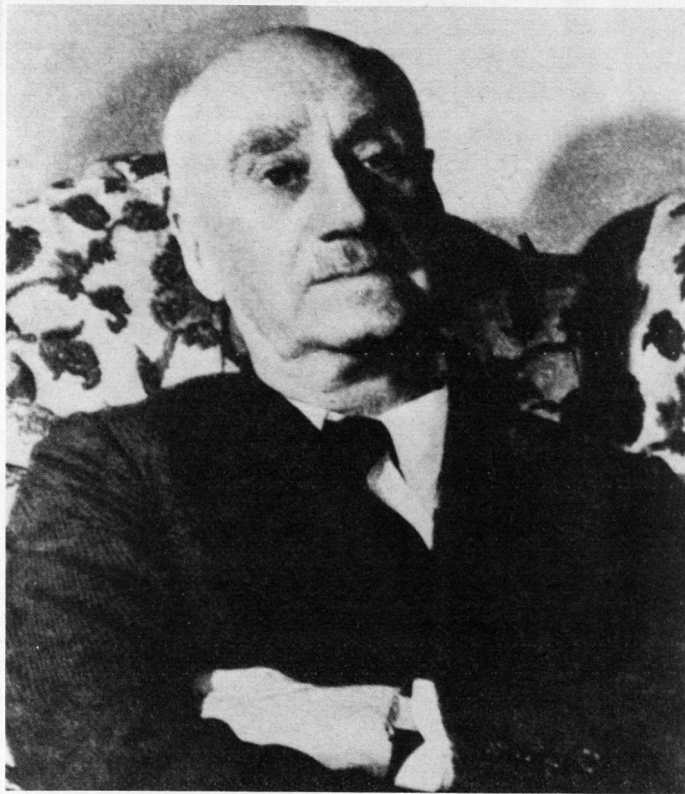


Bild 5. General N. Rădescu, Ministerpräsident Rumäniens 1944/45.

erzieherische und kulturelle Tätigkeit der Militärangehörigen verantwortlich. Laut einer jetzigen Studie über die Geschichte der rumänischen Volksarmee heißt es im rumänischen Text: «Die Maßnahme zur Einführung des politischen Apparats in der Armee war durch das Wesen und die Aufgaben der Staatsmacht bedingt, durch die Notwendigkeit, daß die Kommunistische Partei ihre Position in den Reihen der Armee ausbaue. Die gesetzliche Verankerung des politischen Apparates, eingeführt gegen den Willen des Königs und aller reaktionären Kräfte, war ein bedeutendes Moment in der Geschichte der rumänischen Armee<sup>34</sup>.»

<sup>34</sup> Aus einem privaten Bericht eines rumänischen Historikers an den Autor im Frühjahr 1969.

Nach dem Krieg erlebte die Armee eine große Demobilisation. Solange die Kommunisten der Armee nicht sicher waren, unterstützten sie tatkräftig die Forderung einzelner bürgerlicher Parteien, die – unter Berufung auf die wirtschaftliche Misere des Landes – die Verminderung der Streitkräfte forderten. Das rumänische Offizierskorps, das bekanntlich königstreu war, wurde nun mit der sogenannten «Salomitaktik» seitens der Kommunistischen Partei stufenweise «erobert». Der Mann, der diese Aktion leitete, war Emil Bodnares, einst selbst rumänischer Offizier, der noch vor dem Krieg heimlich nach Moskau emigriert war und in seiner neuen Heimat die Militärakademie besucht hatte<sup>35</sup>. Er konnte bei seiner Tätigkeit auf die Hilfe der in der Kriegsgefangenschaft geschulten rumänischen Offiziere zurückgreifen. Wir wollen hier nur die Namen der Prominentesten, wie der Obersten Cambrea und Lascar oder des Oberstleutnants Tecklu, nennen, die mit Antonescu in den Krieg gezogen und mit Stalins Roter Armee nach Bukarest zurückgekommen waren. Auf ihre Tapferkeit darf kein Schatten fallen: Oberst Lascar erhielt zum Beispiel im Jahre 1942 als erster ausländischer Soldat von Hitler persönlich das deutsche Ritterkreuz. Sie kamen auch nicht als Emigranten zurück, sondern an der Spitze der in der Sowjetunion angestellten Freiwilligendivisionen, die vorerst unter russischem Oberkommando standen<sup>36</sup>.

Worin bestand die Politik der rumänischen Kommunistischen Partei gegenüber der Armee? Erstens in der Schaffung eines legalen Weges für die Agitation. Dies unterstand den «Adjutanten für Erziehung<sup>37</sup>». Die Kommunistische Partei forderte die Abschaffung des alten Dogmas, wonach Mannschaften und Offiziere am politischen Leben des Landes nicht teilnehmen durften. Im November 1946 konnten die Soldaten selbst wählen und gewählt werden. Neue Zeitungen wurden innerhalb der Armee verlegt, die in den Händen der Kommunisten zu Agitationsinstrumenten für die Politik der Kommunistischen Partei wurden. Der König und seine Leute waren gegen diesen Vorstoß der Kommunistischen Partei innerhalb der Armee machtlos. Und

<sup>35</sup> Über Emil Bodnares siehe die Studie des ehemaligen königlich-rumänischen Generals Dr. Ion V. Emilian, «Völker klagen an. 20 Jahre Menschenrechte», S. 41 ff., München 1969.

<sup>36</sup> In Einzelheiten Peter Gosztony, «Der Krieg zwischen Rumänien und Deutschland 1944/45» (in Vorbereitung).

<sup>37</sup> C. Antip und G. Bejancu, «Die Streitkräfte der sozialistischen Republik Rumänien», S. 22, Bukarest 1966.



Bild 6. König Michael von Rumänien inspiziert rumänische und russische Truppen in Bukarest 1946.

als es zur innenpolitischen Krise im Dezember 1947 kam – sie endete bekanntlich mit dem Kompromiß, daß König Michael abdankte, aber dafür das Land verlassen durfte –, war die Armee vollends von diesem politischen «Kuhhandel» ferngehalten. Wir zitieren aus dem Brief eines bekannten Bukarester Historikers, der mit Recht schreibt: «Die Tatsache, daß bei der Abschaffung der Monarchie am 30. Dezember 1947 bei der Armee nicht die geringsten Zeichen der Abtrünnigkeit auftraten, findet ihre Erklärung sowohl in den von der Regierung ergriffenen Maßnahmen als auch in dem Sinken des monarchistischen Geistes in den Reihen der Militärs.»

### Bulgarien

Am 9. September 1944 kam es in Sofia zu einem Regimewechsel. Obwohl die Monarchie als Staatsform beibehalten wurde, ging mit dem Einzug der Roten Armee in Bulgarien die «alte Ordnung» zu Ende. Die neue Regierung, gebildet aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Bauernpolitikern, die durch Mitglieder des Zwenobundes, einer republikanisch gesinnten Armeeliga, ergänzt wurde, erklärte, wohl auf Geheiß Moskaus, den Krieg an Deutschland und beteiligte sich vorerst mit drei Armeen, später mit einer Armee am Krieg. Der Machtkampf innerhalb der Regierung trat schon im Herbst 1944 auf und hinterließ seine Merkmale auch in der Armee. Generalstab und Verteidigungsministerium wurden durch neue Leute besetzt, die teils aus der kommunistischen Partisanenbewegung, teils aus der russischen Roten Armee kamen. Die Säuberungen im Offizierskorps hatten mehrere Phasen. Vorerst wurden die deutschfreundlichen Leute aus der Armee entfernt, nicht wenige davon in den turbulenten Tagen des Herbstes 1944 sogar illegal getötet. Während der sogenannten Kriegsverbrecherprozesse im Frühjahr 1945 entfernte man diejenigen Generäle und Offiziere, die bei weitem keine Faschisten waren, wohl aber unbedingte Treue zur Monarchie bekundeten. Die zwei prominenten Zwenobündler, Oberst Kimon Georgieff und General Damjan Weltscheff, waren nicht imstande, die kommunistische Infiltration der Armee aufzuhalten. Georgieff, der Ministerpräsident wurde, ging als «Mitläufer» selbst zum kommunistischen Lager über, und Weltscheff, der neue Verteidigungsminister, war viel zu schwach, allein den Kampf gegen Dimitroff, Jagoff und die anderen Moskowiter zu führen<sup>38</sup>.

Die Taktik der Kommunisten in der unmittelbaren Nachkriegszeit beruhte in erster Linie auf der Umbesetzung der Offiziersposten auch bei den diversen Truppeneinheiten. Dazu erhielten sie Leute aus der Roten Armee, die irgendwie bulgarische Abstammung nachweisen konnten. Auch ehemalige Partisanen oder Rotspanienkämpfer wurden für diesen Zweck eingesetzt. Der politische Apparat, der vorerst im März 1945 bei der 1. bulgarischen Armee in Ungarn ins Leben gerufen worden war, wurde nach dem Krieg bei der gesamten Armee eingeführt. Als Politoffiziere fungierten hier meistens Bulgaren aus Rußland, die sich in ihrer neuen Aufgabe nicht immer zurechtgefunden haben.

Bulgarien sollte nach dem Krieg nicht mehr als 7 Infanteriedivisionen unter den Fahnen halten. Anfänglich wurde diese Vorschrift der Großmächte auch befolgt. Erst im Jahre 1947 konnte man einen stärkeren Armeeaufbau beobachten: Die 7 Divisionen wurden auf 10 Divisionen ergänzt. General Weltscheff blieb vorerst Verteidigungsminister; als aber dann Dimitroff merkte, daß Weltscheff für die «neue Welt» nicht zu gewinnen sei, wurde er Ende 1946 seines Postens enthoben. Er

<sup>38</sup> In Einzelheiten Peter Gosztony, «Der Krieg zwischen Bulgarien und Deutschland 1944/45», «Wehrwissenschaftliche Rundschau» Nr. 1/1967.

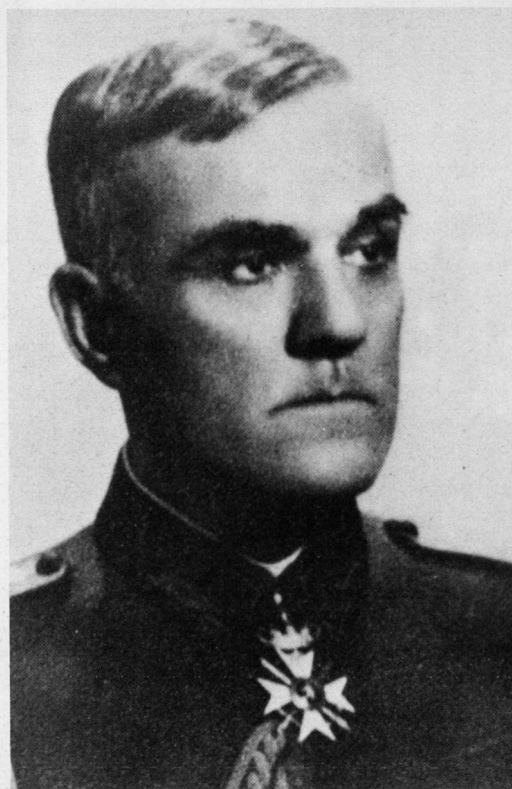


Bild 7. General Damjan Weltscheff, Verteidigungsminister von Bulgarien 1945/46.

ging als Botschafter seines Landes in die Schweiz und von dort aus in die Emigration. Die Umbesetzung der wichtigsten Posten im Generalstab und in den Armeeeoberkommandos ging indessen weiter: Nun mußten auch solche Offiziere Abschied von der Armee nehmen, die zwar dem neuen Regime gegenüber Treue bekundeten, für die Dauer aber den Kommunisten dennoch nicht sicher genug erschienen. So entließ man unter anderem auch den Stabschef des Heeres, General Kinoff, der zwar Mitglied der bulgarischen Kommunistischen Partei, doch für die Moskauer Genossen nicht genügend parteitreu war.

Im Herbst 1946 fanden die Wahlen in die Volksversammlung statt. Aber noch vorher wurden einige Militärprozesse durchgeführt, womit die Kommunistische Partei dem Volk beweisen wollte, daß das «alte» Offizierskorps nicht gewillt sei, die Entwicklung Bulgariens zur Volksdemokratie mitzumachen. So führte man Prozesse gegen eine Gruppe von Offizieren, die unter den Namen «Tzar Krum» beziehungsweise «neutrale Offiziere» bekannt waren. Als Anführer dieser konspirativen Organisationen wurde ein Oberst Krsteff, General Iwan Popoff sowie General K. Stanscheff, Oberbefehlshaber der 2. Armee, verurteilt<sup>39</sup>.

Während der Parlamentswahlen stimmte eine größere Anzahl von Offizieren für die legale Opposition (zum Beispiel auf Petkoffs und Georgi Dimitroffs Bauernpartei) oder ließen sich nicht nehmen, ihre oppositionelle Haltung in diversen Wahlbulletins schriftlich zu bekunden. Dies war nur Öl in das Feuer der Kommunisten. Kaum waren die Wahlen beendet, brachten die Kommunisten im Verteidigungsministerium fünf verschiedene Anordnungen durch, die alle auf die Verabschiedung der «alten» Offiziere der Armee abzielten. In der Folgezeit wurde dann tatsächlich ein Drittel des Offizierskorps, nämlich etwa 3000 Männer, aus dem Militärdienst entlassen. Diejenigen, die

<sup>39</sup> Mitteilung des ehemaligen bulgarischen Majors i.Gst. Dr. G. Bankovski an den Autor im Frühjahr 1969.

keinen Arbeitsnachweis erbringen, also nicht beweisen konnten, daß sie sich als Zivilisten schon in den Arbeitsprozeß der Nation eingereiht hatten, wurden kurzerhand längere Zeit in einem Arbeitslager interniert. An ihre Stelle in der Armee wurden diejenigen Kadetten und Absolventen der neuen Militärakademie berufen, die ihr militärisches Wissen schon im Nachkriegsbulgarien erworben hatten<sup>40</sup>.

In dieser Zeit, im Winter 1946/47 war, das Offizierskorps der bulgarischen Armee bereits führungslos. Nicht nur Weltscheff mußte die Armee verlassen, auch seine nächsten Mitarbeiter vom Zwenobund wurden kaltgestellt. Von diesen saß General K. Stanschew bereits im Gefängnis, die Generäle Stojschew, Lekraski, Toschew und Trendafiloff schlossen sich den Kommunisten an, während die anderen Zwenobündler, Obersten und Generäle der neuen bulgarischen Armee, entweder entlassen oder auf unwichtige Posten abgeschoben wurden. Toschew, Lekraski und Trendafiloff half auch ihre kommunistische Parteimitgliedschaft nicht: In den ausgehenden vierziger Jahren landeten sie alle in Internierungslagern, aus denen man sie erst nach Stalins Tod und teilweise nach 1956 entließ. Allein dem jungen General Stojschew – der im Jahre 1945 die 1. bulgarische Armee in Ungarn kommandierte – gelang es, durch alle Klippen der bulgarischen Entwicklung sein Leben und teilweise auch seine

tische Partei, deren Führer Nikola Petkoff und Krsto Pastuhoff man zum Tode beziehungsweise zu lebenslänglicher Haft verurteilte. Zusammen mit diesen Prozessen ging erneut eine Säuberungswelle durch die Armee, und zwar in solchem Maße, daß bis anfangs 1948 kaum noch 1000 Offiziere der alten bulgarischen Armee auf ihren Posten belassen wurden. Diese hatten zweit- bis dritrangige Funktionen auszuüben, wie zum Beispiel Lehrtätigkeit an den Militärschulen als Ingenieure und technische Offiziere bei höheren Pionierstäben, im militärgeschichtlichen Institut oder im Militärverlagshaus, wo sie als Lektoren Bücher der Partisanengeneräle herausgeben halfen. Erst Ende 1948 trat eine Wende in der Lage der «zaristischen» Offiziere ein.

Im Jahre 1948 sah man im Kreml die Zeit gekommen, den bisher bewußt vernachlässigten Armeeaufbau in Osteuropa zu beginnen. Die Machtkämpfe innerhalb der einzelnen Länder waren im großen und ganzen abgeschlossen: Die einheimischen kommunistischen Parteien wurden Regierungsparteien und schickten sich an, jeden Lebensbereich des Landes im Sinne der ihnen vorschwebenden neuen Gesellschaftsordnung, des Kommunismus, umzugestalten. Die Armee nahm in diesen Plänen – gemäß der damaligen Aggressionspolitik Stalins – einen vorrangigen Platz ein.



Bild 8. Bulgarische Regierungsglieder inspizieren bulgarische Truppen in Sofia im Sommer 1945. Links im Bild General Wladimir Stojschew.

Position zu retten. Der Mann, den seine Kameraden gern als «Reiter ohne Kopf» bezeichneten, ist zwar heute nicht mehr in der Armee, aber als Vorsitzender des Sportbundes und Abgeordneter im Parlament nimmt er im öffentlichen Leben der Volksrepublik Bulgarien einen wichtigen Platz ein.

Im Jahre 1947 hat die bulgarische Kommunistische Partei die Zeit für reif befunden, die legale Opposition des Landes durch Schauprozesse zum Schweigen zu bringen. Diese Säuberung betraf in erster Linie die Bauernpartei und die Sozialdemokra-

<sup>40</sup> G. Bankovski, «Die bulgarische Armee in der Zeit von 1944 bis 1947». Studie in bulgarischer Sprache im Besitz des Autors.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die Sowjets in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Osteuropa hinsichtlich der einzelnen Entwicklungsphasen der Armeen stets der gleichen Methoden bedienten. Ihre Politik und Taktik war, die Armee zu neutralisieren, den bürgerlich-demokratischen Einfluß von den Armeemitgliedern fernzuhalten, gleichzeitig jedoch mit der Aufstellung der «Erziehungsabteilungen» die langsame, aber erfolgreiche Infiltration voranzutreiben. Ihre wahren Absichten wurden jeweils erst dann sichtbar, wenn auf gesamtpolitischer Ebene die einheimische Kommunistische Partei zur uneingeschränkten Macht gelangte.

*«Es ist das große Problem der Menschheit, daß ihr technischer Fortschritt den moralischen bei weitem überflügelt hat.»  
Evelyn Waugh*